

„Vorgaben aus Brüssel stimmen, jetzt liegt es an uns“

Manfred Weber, Mitglied des Europäischen Parlaments, im PNP-Interview über den effektiven Einsatz der EU-Fördergelder in Ostbayern

Kelheim/Brüssel. „Die Rahmenvorgaben aus Brüssel stimmen, jetzt liegt es an uns Niederbayern“ – Manfred Weber, Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender der Jungen Union Bayern, ist zufrieden: Die EU hat für Bayern mehr als 500 Millionen Euro zugesagt. Im Gespräch mit der PNP fordert Weber jetzt von den Ostbayern Ideen und Kreativität, damit die Angebote der EU auch genutzt werden können.

Herr Weber, seit knapp zwei Jahren wird nun über die Weiterführung der EU-Förderung für Ostbayern diskutiert. Kann Bayern mit den jetzt beschlossenen über 500 Millionen Euro bis 2013 zufrieden sein?

Manfred Weber: Natürlich könnte es immer mehr sein! Vor dem Hintergrund, dass die ehemalige rot-grüne Bundesregierung die gesamten ostbayerischen EU-Wirtschaftsfördermittel streichen wollte und bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, also bei den Euregios, die Förderung für bayerisch-österreichische Maßnahmen weggefallen wäre, können wir jedoch mehr als zufrieden sein. Nach zähen Verhandlungen ist klar, dass wir den Mittelansatz der letzten Förderperiode für Bayern verteidigen konnten und das, obwohl zehn ärmere Länder hinzugekommen sind. Das ist ein großer Erfolg, den wir vor allem der neuen Bundesregierung und Angela Merkel zu verdanken haben.

Eine der wesentlichen Fragen war die Auslegung des Innovationsbegriffs. Manche hatten Angst, dass nur noch Hightech gefördert werden darf und der Mittelstand auf der Strecke bleibt.

Weber: Der ursprüngliche Vorschlag der Kommission hätte wirklich bedeutet, dass die Fördergelder eher in die Ballungsräume geflossen wären. Dort sind genug Hightech-Betriebe vorhanden. Im Europäischen Parlament konnten wir durchsetzen, dass die EU-Mittel weiter für die klassische Gewerbeförderung – also für Betriebsansiedlungen und -erweiterungen – verwendet werden. Damit haben wir sozusagen Waffengleichheit mit Tschechien, das auch in die klassische Gewerbeförderung einsteigen wird.

Sie sprechen von Waffengleichheit mit Tschechien. Dennoch besteht ein massives Fördergefälle.

Weber: Ein maximales Fördergefälle von 20 Prozent war die Forderung der Wirtschaftskammern zu Beginn der Beratungen. Fakt ist, dass wir in den Grenzgebieten für unsere kleinen Betriebe bis zu 35 Prozent Förderung bekommen können, in Tschechien gibt es 46 Prozent maximalen Fördersatz. Unter dem Strich konnte das Fördergefälle bei kleinen Betrieben jetzt auf elf Prozent reduziert werden, bei größeren Betrieben beträgt es 21 Prozent. Die Forderungen der Kammern sind erfüllt.

Wie steht es um die Betriebsverlagerungen?

Weber: In einer Marktwirtschaft wird es immer Betriebsverlagerungen geben. Wir haben aber im Parlament und Europäischen Rat jetzt verbindlich festgelegt, dass Verlagerungen nicht mit EU-Geldern subventioniert werden dürfen. Übrigens ist das Finden von Mehrheiten in Brüssel nicht einfach. Für unsere ostbayerischen Anliegen muss ich tschechische, polnische, spanische und niederländische Kollegen überzeugen,



„Die EU hat ihre Hausaufgaben gemacht und ist ein guter Partner Ostbayerns“: Für Niederbayerns Europaabgeordneten Manfred Weber (CSU) ist die neue EU-Struktur für die Wirtschaftsförderung seiner Heimatregion bis 2013 ein „voller Erfolg“.

mitzustimmen. Gerade bei der Thematik Betriebsverlagerungen war dies nicht einfach.

Oftmals wird bei den Programmen kritisiert, dass sich die EU in zu viele Detailfragen vor Ort einmisch.

Weber: Die Entscheidung, wer das Geld bekommt, wird jetzt in München getroffen. Bisher waren feste Fördergebiete vorgegeben, jetzt wird vor Ort frei entschieden,

was unserer Heimat am besten nützt. Derzeit werden in München die so genannten Operationellen Programme entworfen, die die Mittelverwendung regeln. Es gibt wohl keine flexibleren Fördermittel, als die der EU. Und ein weiteres Problem ist gelöst: Bei der Verwendung von EU-Mitteln muss immer eine nationale Kofinanzierung gewährleistet werden. Es stand im Raum, dass die Kofinanzierung von privater Hand

nicht mehr akzeptiert wird. Dies hätte das Aus vieler Förderungen bedeutet. Auch das ist vom Tisch. Und für die Kommunen ist wichtig, dass bei Euregio-Projekten bis zu 75 Prozent EU-Mittel eingesetzt werden können. Das entlastet die kommunalen Haushalte.

Das hört sich ja alles sehr positiv an?

Weber: Ja, es sind gute Ergebnisse. Die EU hat ihre Hausaufgaben

gemacht und ist ein guter Partner Ostbayerns. Mehr als 500 Millionen Euro zugesagte Fördermittel und die Rahmenbedingungen stimmen auch. Jetzt liegt es an uns, da etwas daraus zu machen.

Was müsste aus Ihrer Sicht gemacht werden?

Weber: Wir sind im Vergleich mit Osteuropa oder Asien ein Hochlohnland. Wenn wir weiter einen hohen Wohlstand halten wollen, dann müssen wir auch hochwertige Produkte liefern. Nur durch Investitionen in Bildung und damit in die Menschen werden wir an der Spitze bleiben. Innovation, Qualifikation, Fremdsprachen, modernes Marketing und eine hohe Produktqualität sind entscheidend. BMW kann beispielsweise weltweit hohe Preise erzielen, weil das Unternehmen Premiumprodukte baut. Wir brauchen überall Premiumprodukte und Menschen, die diese entwickeln und verkaufen.

Ist Ostbayern auf diese Herausforderungen vorbereitet?

Weber: Wir brauchen für die Zukunft vor allem Ideen. Wir brauchen Menschen, die etwas wagen. Und die Politik muss Strukturen schaffen, genau diesen Menschen unter die Arme zu greifen. Wir müssen unsere Betriebe besser miteinander vernetzen und Kreativität fördern. Die bisherigen Förderstrukturen in Niederbayern reichen dazu nicht aus. Die Österreicher machen das mit ihrem Regionalmanagement sehr gut. XperRegio ist in Niederbayern ein positives Beispiel. Ich kann nur sagen, die Rahmenvorgaben aus Brüssel stimmen, jetzt liegt es an uns Niederbayern.

Interview: Ernst Fuchs